



Liebe Freunde und Freundinnen,

letzte Woche haben wir den Bundeshaushalt 2011 abschließend beraten.

Der Haushalt steht für die von der Bundesregierung betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmende. Für sie ist das Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ eine glatte Lüge.

INHALT

- 2 **Aktuelle Meldungen:**
- 2 Soziale-Stadt-Projekte in Celle gefährdet
- 2 Kürzung bei Polizei trotz Terrorwarnungen
- 3 Niedersachsen fordern Antworten von Verkehrsminister
- 4 Ramsauer schwächt Logistik-Standort Deutschland
- 5 DGB-Kreisverbände Celle und Uelzen in Berlin
- 5 Rede im Bundestag: Lebenspartnerschaften gleichstellen
- 6 Lühmann besucht britische Garnison in Lohheide
- 7 Große Resonanz: Weihnachtskartenwettbewerb
- 8 **Topthema:** Haushalt 2011
- 10 Meldungen: Ökolandbau vor dem Aus?
- 11 Kampfeinsatz im Mittelmeer abgelehnt
- 12 Bundeswehr: Gespräch mit Zivilbeschäftigten in Berlin
- 12 Debatte: Was ist deutsch?

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Das alles will Schwarz-Gelb offensichtlich nicht. Sozialer Zusammenhang und Gemeinwohl interessiert diese Regierung nicht.

Trotz der aktuellen Terrorwarnungen und der dadurch verstärkten Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit hat die Bundesregierung Stellen bei der Bundespolizei gekürzt. Die Mittel im Verkehrsbereich sind so gekürzt worden, dass sie für einen angemessenen Ausbau der Infrastruktur nicht mehr ausreichen. Das werden die Bürger und Bürgerinnen in den nächsten Jahren zu spüren bekommen.

Ein Erfolg ist uns allerdings gelungen beim THW. Auch hier hatte die Bundesregierung Kürzungen geplant, die die Arbeit der Katastrophenschützer in Zukunft massiv beeinträchtigt hätten. Wir haben durchgesetzt, dass das THW in die Gruppe der Sicherheitsbehörden mit aufgenommen wurde und dadurch von den geplanten Kürzungen verschont geblieben ist.

IMPRESSUM

Kirsten Lühmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
kirsten.luehmann@bundestag.de

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Aktuelle Meldungen

Soziale Stadt-Projekte in Celle gefährdet

CDU/CSU und FDP kürzen Haushaltsmittel

Berlin, 24.11.2010. In der gestrigen Haushaltsberatung hat die SPD von der Regierung gefordert, die Kürzung der Städtebauförderung, insbesondere des Programms Soziale Stadt, zurückzunehmen. In namentlicher Abstimmung lehnten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, darunter auch Henning Otte aus Celle diesen Antrag ab. Es bleibt damit bei der Kürzung des Programms Soziale Stadt von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro.

Die Städtebauförderung insgesamt wird im Haushalt 2011 um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt. Am stärksten betroffen ist Soziale Stadt, das zugleich auf bauliche Maßnahmen beschränkt werden soll. „Für Celle sind das schlechte Nachrichten: die Fortführung der Sozialen Stadt in Celle Neustadt ist gefährdet“, so Kirsten Lühmann „Die Bundestagsabgeordneten der Koalition werden den Bürgermeistern, den Quartiers-

managern und den Menschen hier im Wahlkreis erklären müssen, warum erfolgreiche Soziale Stadt-Projekte wie in Celle Neustadt nun ohne Perspektive sind.“

Kirsten Lühmann sieht in der Kürzung von Sozialer Stadt und seiner Beschränkung auf Baumaßnahmen das faktische Aus für das Bund-Länder-Programm, das seit 1999 bauliche mit sozial-integrativen Maßnahmen verknüpft und Bewohner und Bewohnerinnen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt. Die Evaluation des Programms 2004 habe gezeigt, dass es nur so gelingen kann, die Lebenssituation der Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. „Die Regierung hat nicht begriffen, dass allein Investitionen in Beton dazu nicht ausreichen. Denn wenn der soziale Kitt nicht hält, sind auch Investitionen in Gebäude und Wohnumfeld in den Sand gesetzt“, kritisiert Kirsten Lühmann.

„Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen 10 Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert haben und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben“, so Kirsten Lühmann.

Politik paradox

Bundesregierung will mehr Polizeipräsenz und kürzt gleichzeitig Stellen

Berlin, 19.11.2010. „Es ist paradox: Die Bundesregierung verspricht aufgrund der aktuellen Terrorwarnungen mehr Polizeipräsenz allerorten und kürzt der Bundespolizei gleichzeitig die Stellen weg“, so Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Celle/Uelzen anlässlich der aktuellen Erklärungen von Innenminister Thomas de Maizière im Rahmen der Innenministerkonferenz.

„Letzte Woche im Bundestag haben wir noch versucht, Union und FDP umzustimmen und Stellenkürzungen bei der Bundespolizei zu verhindern. Aber die Koalition hat unseren Antrag rundweg abgelehnt“, so Lühmann. Besonders befremdlich sei, dass das Innenministerium danach habe verlautbaren lassen, die Bundespolizei sei von Kürzungen ausgenommen worden.

„Fakt ist, dass die Bundespolizei allein im nächsten Jahr knapp 330 Stellen verlieren wird, die durch ausscheidende Beamte und



Beamtinnen oder Umschichtungen von Personal wegfallen“, so Lühmann. Zudem müsse die Bundespolizei jährlich weitere 0,4% - etwa 120-140 Stellen – einsparen. Von dieser Kürzung sei die Bundespolizei keineswegs ausgenommen worden, so Lühmann. Es bestünde nun lediglich die Möglichkeit, dass sie verschont bliebe.

„Die Bundespolizei ist schon jetzt überfrachtet mit Aufgaben“, so Lühmann. „Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn auch genügend Leute dafür da sind.“



Aktuelle Meldungen

Niedersachsen fordern Antworten von Ramsauer

Ein Jahr Stillstand in der Verkehrspolitik

Berlin, 17.11.2010. „Wenn man Minister Ramsauer fragt, dann verspricht er am liebsten alles. Er ist ein Minister der Ankündigungen und leeren Versprechen. Jetzt muss er antworten und zwar: schwarz auf weiß“, erklärt Kirsten Lühmann. Die Niedersächsische SPD-Landesgruppe hat insgesamt über 80 Fragen zu verschiedenen niedersächsischen Infrastrukturprojekten aus ihren Wahlkreisen zusammengetragen, die der Bundesregierung diese Woche zur Stellungnahme übergeben werden.

„Wir wollen zum Beispiel genau wissen, wann werden die nötigen finanziellen Mittel für die Ortsumgehung Kirchweyhe bereit gestellt, oder wann mit dem Bau der Ortsumgehung Celle im Zuge der B3 tatsächlich begonnen wird? Was passiert mit der geplanten Y-Trasse und welche Pläne hat die Regierung mit der Zu- und Abfahrt zu den Seehäfen? Es gibt Verkehrsprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan, die dringend notwendig sind, aber der bayrische Bundesverkehrsminister lässt Niedersachsen bisher im Unklaren“, erklärt Kirsten Lühmann, Mitglied im Verkehrsausschuss. „Auch die Überprüfung der Bedarfspläne für Straße und Schiene ergab letzte Woche nichts Genaueres: lediglich die Feststellung, dass aufgrund der drastischen Unterfinanzierung nur circa jede fünfte Maßnahme verwirklicht werden kann, war bemerkenswert. Welche Projekte das sein werden, hat der Minister in der eigens dafür einberufenen Sondersitzung des Ausschusses nicht genannt.“

„Es sind häufig gerade die „kleineren“ Infrastrukturprojekte, die die Menschen vor Ort jahrelang beschäftigen: eine wichtige Ortsumgehung, damit die LKWs nicht mehr durch den Ortskern fahren, eine Lärmschutzwand, damit die Güterwagons nicht mehr geföhlt durch das Wohnzimmer donnern oder eine lang ersehnter Zwi-

schenhalt, eine neue Verbindung, damit der täglich Nachhauseweg verkürzt wird, können die Lebensqualität der Menschen entscheidend verbessern. Wir wollen jetzt wissen, was mit diesen Projekten passiert und wann sie umgesetzt werden sollen,“ erklärt die Abgeordnete.

Die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten sind sich einig: die vorhandene Infrastruktur kann den Verkehr mittel- bis langfristig nicht bewältigen. Außer-



dem bedarf es eines abgestimmten Konzepts, um eine leistungsfähige Infrastruktur zu sichern, den zukünftigen Verkehr gleichzeitig energiesparend und effizienter und für die Bevölkerung und Umwelt sauberer und leiser zu machen. „Die Bundesregierung muss ihre Karten auf den Tisch legen und sagen, welche Projekte werden tatsächlich in den kommenden Jahren finanziert und für welche Maßnahmen fehlt das Geld. Viele schöne Versprechungen ohne entsprechende Taten, sind unzumutbar und schaden der Glaubwürdigkeit“, erklärt Kirsten Lühmann.

Die Bundesregierung hat bereits angedeutet, dass die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans sich um zwei Jahre nach hinten auf das Jahr 2015 verschieben wird.

Für die Beantwortung der Kleinen Anfrage hat die Bundesregierung nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags zwei Wochen Zeit.



Aktuelle Meldungen



Ramsauer schwächt den Logistikstandort

Berlin, 22.11.2010 „Mit dem Aktionsplan Güterverkehr und Logistik gibt das Verkehrsministerium die integrierte Verkehrspolitik auf“, erklärt Kirsten Lühmann „die Absicht, die Verkehre auf die Schiene zu verlagern, wird zum reinen Lippenbekenntnis und findet sich in dem Konzept nicht mehr wieder“ Im heute der Öffentlichkeit vorgestellten Aktionsplan kündigt Peter Ramsauer an, dass zukünftig Mauteinnahmen ausschließlich der Straße zugute kommen sollen. „Mit der Absicht die Mauteinnahmen allein für die Straße zu verwenden, werden wichtige Investitionsmittel von der Schiene abgezogen“, sagt Kirsten Lühmann. „Auch der bundesweite Feldversuch mit Gigalinern folgt diesem Ziel: mehr Güter sollen auf die Straße verlagert werden! Wir fordern die Bundesregierung auf, die Attraktivität des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt zu erhöhen und den Kombinierten Verkehr auf einem bedarfsgerechten Niveau zu fördern.“

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im Jahr 2010 die Mittel für den Kombinierten Verkehr um 64 Millionen Euro gekürzt. Über achtzig Prozent der Gelder für Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Kombinierten Verkehr wurden gestrichen. Die Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in den Kombinierten Verkehr wurden darüber hinaus auf 55 Millionen Euro halbiert.

„Die von der Bundesregierung geplante Erprobung von sogenannten Gigalinern im Rahmen eines bundesweiten Feldversuchs ist rechtlich umstritten und daher sofort zu stoppen. Zudem gefährden diese Riesen-Lkws die Verkehrssicherheit in Deutschland und erfordern erhebliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, zum Beispiel für geeignete Rastplätze“, so die Abgeordnete, zuständig für den Bereich Verkehrssicherheit in der SPD-Bundestagsfraktion.

„Die Einnahmen der Lkw-Maut müssen im Sinne des geltenden Mautgesetzes in den Erhalt und Ausbau aller drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser fließen. Die Koalition muss den im Haushalt 2011 eingeführten Finanzierungskreislauf Straße rückgängig machen“, fordert Kirsten Lühmann.

Zudem setzt die Bundesregierung mit der Entlastung der Euro-3-Fahrzeuge ein falsches Signal: der Trend zu sauberen Fahrzeugen wird damit gestoppt. Sinnvoller wäre es die geplante Entlastung der sauberen Euro-5-Fahrzeuge voranzutreiben.

Die letzte Bundesregierung verfolgte in ihrem Masterplan mit der Einbeziehung der Externen Kosten in die Lkw-Maut noch den Ansatz, die Verursacher von verkehrsbedingten Folgekosten daran zu beteiligen. „Minister Ramsauer kneift jetzt und schiebt die Verantwortung weiter nach Europa, so Kirsten Lühmann.



Aktuelle Meldungen

DGB-Kreisverbände aus Celle und Uelzen diskutieren mit Kirsten Lühmann über Rentenpolitik

Berlin, 25.11.2010. 26 Mitglieder der DGB-Kreisverbände aus Celle und Uelzen trafen ihre SPD-Wahlkreisabgeordnete Kirsten Lühmann im Deutschen Bundestag. Zu der Fachdiskussion zum Thema Alterssicherung kam auch Anton Schaaf, der rentenpolitische Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion.

Einig waren die Diskutanten in der Frage, dass die Arbeitswelt aufgrund des demografischen Wandels neu gestaltet werden müsse. Eine lebhafte Diskussion entbrannte zum Thema Rente 67. Lühmann und Schaaf betonten, dass sie die Rente mit 67 für notwendig hielten, ein Einstieg aber erst dann möglich sei, wenn mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Zudem müsse es Möglichkeiten zu flexiblen Übergängen aus dem Erwerbsleben in die Rente geben.



Lebenspartnerschaften endlich gleichstellen

Bundestagsrede von Kirsten Lühmann

„Im Jahr 2001 hat die SPD-geführte Bundesregierung mit ihrem grünen Koalitionspartner das Lebenspartnerschaftsgesetz verwirklicht. Damit hat sie einen Prozess in Gang gesetzt, im Zuge dessen gleichgeschlechtliche Paare mit Eheleuten gleichgesetzt werden.“

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen nun weitere ehebezogene Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften übertragen werden: der Ehegattenzuschlag, die Auslandsbesoldung, die Beihilfe und die Hinterbliebenenversorgung. Das ist ein weiterer notwendiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel: nämlich der vollständigen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Dieses Ziel haben wir noch nicht erreicht, aber jeder Schritt in

die richtige Richtung ist gut.

Ich freue mich, dass die Union, die sich seit nunmehr fast einem Jahrzehnt dagegen sträubt, Lebenspartnerschaften als gleichberechtigt anzuerkennen, sich endlich zu diesem Schritt hat drängen lassen. Gratulation an die Kollegen und Kolleginnen von der FDP: Das ist uns in den letzten beiden Legislaturperioden nicht gelungen. Weder im Bundesrat noch in der Großen Koalition.

Ich erinnere mich noch gut an die Gespräche mit dem CDU-geführten Bundesinnenministerium im Zuge der Neuordnung des Dienstrechts, an denen ich als Gewerkschaftsvertreterin beteiligt war. Die Übertragung der eben genannten Regelungen war von der SPD als Teil der Dienstrechtsreform vorgesehen. Genau hier hätte die Reform auch hingehört! Aber Herr Schäuble hat sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Da war nichts zu machen.“ (...) [→ganze Rede im Protokoll](#)



Aktuelle Meldungen

Lühmann besucht britische Garnison

Lohheide. Um sich ein eigenes Bild von der britischen Garnison zu verschaffen und Fragen zur Zukunft zu stellen, kam die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann nach Bergen-Hohne. Begleitet wurde sie von dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag, Maximilian Schmidt, der stellvertretenden Vorsitzenden der Einwohnervertretung des Gemeindefreien Bezirks Lohheide, Christina Lilie, und dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Bergen, Randolph Horrer. Hugh Pierson, der britische Verbindungsoffizier, nahm sich viel Zeit für seine Besucher.



Bei einer ausgedehnten Rundfahrt über das Kasernengelände erklärte Hugh Pierson detailliert die Nutzung durch die britische Armee und die Bundeswehr. Die alten Gebäude, die 1935/36 auf Veranlassung der Wehrmacht gebaut wurden, sind inzwischen den modernen Erfordernissen angepasst worden, neue Gebäude für die Unterbringung von Soldaten, aber auch eine Schule und ein Einkaufszentrum entstanden in den letzten Jahren und viele Neubauten sind noch im Bau auf dem drei Quadratkilometer großen Gelände. Alle Liegenschaften sind Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, aber die Briten sorgen für die Instandhaltung und Modernisierung.

Die drei Waffengattungen der britischen Armee sollen in den nächsten Jahren um etwa 17000 Soldaten und 25000 zivile Mitarbeiter reduziert werden. Wann und wie das geschehen soll, ist zur Zeit noch nicht klar, auch wann die über 9000 Soldaten und etwa 800 zivilen Beschäftigten in Celle, Bergen-Hohne und Fallingbostal betroffen sein werden, steht noch nicht fest. Die anstehende Reduzierung war eine politische Entscheidung und muss erst konkretisiert werden. Eine schnelle Ver-

legung zum Beispiel nach Schottland, wo die Liegenschaften eines Flugzeuggeschwaders frei werden, ist nach Meinung von Hugh Pierson nicht möglich, weil Gelände und Gebäude nicht für die Desert Rats und ihre Familien ausgelegt sind. „Wait and see“, empfahl er den Besuchern, denn am 1. April beginnt das neue Haushaltsjahr in London und bis dahin müssen Konzepte ausgearbeitet werden. Im Bereich Bergen-Hohne ist die britische Armee „gut aufgestellt“ und die „billigste Garnison“.

Sowohl der stellvertretende Garnisonskommandant Paul Eaton als auch Kirsten Lühmann sahen die Notwendigkeit, im militärischen Bereich Kosten zu sparen, aber sie bedauerten, dass nicht erst über die zukünftige Strategie der Streitkräfte entschieden wurde, um dann sinnvolle Einsparungsmöglichkeiten zu finden. Außerdem meinte Paul Eaton im Blick auf die Vorhaben in den beiden Verteidigungsministerien: „The two plans should work together“, eine Koordination der Pläne ist sicher auch der Wunsch vieler Bürger. Hugh Pierson verabschiedete seine Besucher mit dem Versprechen: „Sobald wir Informationen haben, geben wir sie weiter.“

Aktuelle Meldungen



Überwältigende Resonanz

Große Beteiligung am Weihnachtskartenwettbewerb

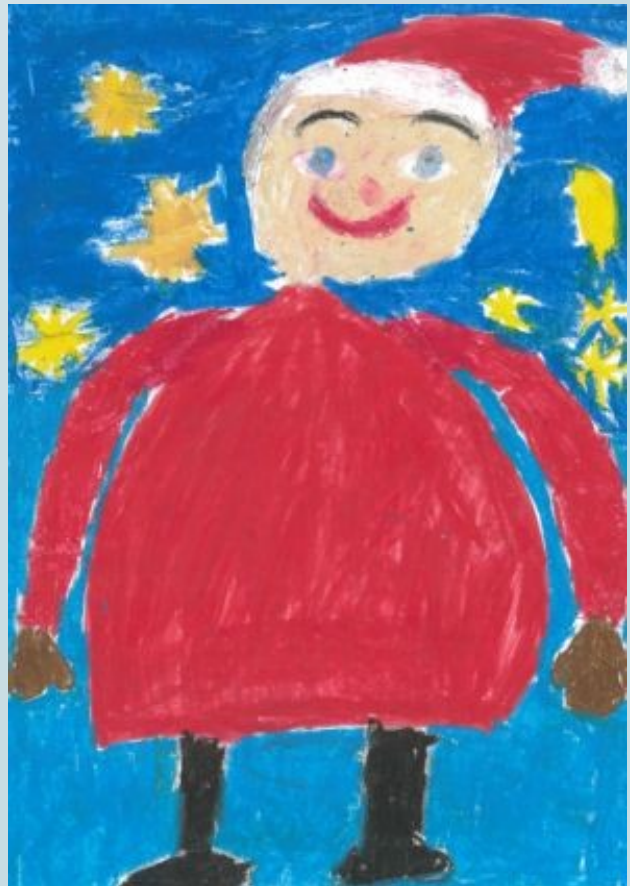
Am Ende des Jahres verschicke ich an viele Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft in ganz Deutschland Weihnachtskarten. In diesem Jahr habe ich für diese Karten ein ganz besonderes Motiv gesucht – gestaltet von einem Schüler oder einer Schülerin aus meinem Wahlkreis. Dafür habe ich alle Grundschulen aufgerufen, an einem Wettbewerb teilzunehmen.

Die Resonanz war überwältigend! Etwa 250 Schülerinnen und Schüler schickten mir Motive für meine diesjährige Weihnachtskarte. Die liebevolle Gestaltung und Kreativität haben mich begeistert. Dementsprechend schwer fiel es mir, aus den vielen Karten eine auszusuchen. Gewinnerin wurde schließlich die 9-jährige Meike mit ihrem Bild vom Weihnachtsmann (unten rechts).



Weil die Bilder viel zu schön sind, um in der Schublade zu verschwinden, ist geplant in der Weihnachtswoche jeweils eine Ausstellung in Celle und Uelzen zu organisieren. Details gebe ich noch bekannt.

Weitere Motive auf dieser Seite von: Lasse (2. Klasse, oben), Caroline, (2. Klasse, unten links) und Lena und Jan-Christian (ganz unten links).





Topthema: Haushalt 2011

Bundeshaushalt 2011

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Wir haben durch Anträge in der Haushaltswoche belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist. Dabei haben wir noch wesentliche gegenfinanzierte Schwerpunkte gesetzt wie die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städtebauförderung, den Ausbau der Bildungsinfrastruktur mit zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe um 1,25 Milliarden Euro und die unbedingt notwendige Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch 300 Millionen Euro zusätzlich bei der Bundesbeteiligung bei der Grundversicherung im Alter sowie 400 Millionen Euro zusätzlich bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. In zwei Entschließungsanträgen haben wir unsere Alternativen vorgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, die Schuldenbremse ernst zu nehmen, die Einsparungen im Sozialbereich und beim Arbeitsmarkt zurückzunehmen, Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten, Fortschritt und Zukunft zu gestalten und nachhaltiges Wachstum und Arbeit zu fördern.

Kürzung für Programm Soziale Stadt

Zu den Änderungsanträgen zählt auch die Aufforderung, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen.

Mit den Kürzungen der Programmmittel von 95 auf 28,5 Milliarden Euro werden ausgerechnet die sozialen Maßnahmenpakete des Programms zusammengestrichen. Die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können. Noch drastischer wirken sich die Kürzungen aus, da der Bund nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Programmes finanziert. Es besteht die Gefahr, das Länder und Kommunen ihre Zuschüsse ebenfalls anteilig kürzen.

Die Bundesregierung bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, wie erfolgreiche Integration ohne Aktivierung

und Beteiligung gelingen soll. Gerade die Verbindung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen hat das Programm „Soziale Stadt“ zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Ob im Kiez, im Viertel, im Stadtteil - durch die bisherige Förderung konnte bürgerschaftli-



ches Engagement und soziale Teilhabe ermöglicht werden, wurden Rahmenbedingungen entwickelt, mit denen Bewohner zu Bürgern wurden. Besonders drastisch wirken sich die Kürzungen auf Planungen in den einzelnen Programmgebieten aus. Bereits geplante Vorhaben wurden nur „vorbehaltlich Zuweisung der Mittel des Bundes“ bewilligt und werden jetzt hinfällig. Damit stehen zahlreiche Programmbereiche bereits im Januar 2011 vor dem Aus.

Die Regierung streicht die Mittel für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zusammen und entzieht jahrelanger erfolgreicher Integrationsarbeit die Arbeitsgrundlage. Mit den gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen aufgebrauchten Mitteln konnten seit 1999 in 571 Gebieten in über 350 Gemeinden wichtige Maßnahmen für die Belebung von Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf ermöglicht werden. Die Bundesregierung bricht damit Brücken ab, über die wir in den letzten zwölf Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit organisiert haben. Der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Brennpunkten, Integrationsangebote und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die Einrichtung eines eigenen Quartiersmanagements und von Nachbarschaftstreffs, die Förderung der Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld und die Möglich-



Topthema: Haushalt 2011

keit, darauf gestaltend Einfluss zu nehmen - genau diese Komponenten will Schwarz-Gelb mit Kürzungen aus dem Programm Soziale Stadt streichen.

Einen weiteren Antrag haben wir gestellt, mehr Geld für Integrationskurse bereitzustellen und den entsprechenden Haushaltsposten des BAMF im Einzelplan 06 für das nächste Jahr von den derzeit geplanten 218 Millionen Euro aufzustocken, damit alle einen Integrationskurs belegen können. Anstatt teures Geld für Studien über vermeintliche Integrationsverweigerer und inhaltsleere Gipfel zu verschwenden, sollten die durch eine Unterfinanzierung verursachten langen Wartezeiten zur Teilnahme an einem Integrationskurs endlich beseitigt werden. Die Integrationskursteilnehmer würden dann auch schneller dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen. Dass

tion im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz-Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koaliti-



das Geld vorne und hinten nicht reicht, um Integrationswilligen den Kursbesuch zu ermöglichen, war uns in der SPD-Bundestagsfraktion schon lange klar, aber alle Einwände, mindestens weitere 15 Millionen Euro bereitzustellen, wurden in den Wind geschlagen. Über 20.000 Migranten wird damit der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt. Das sind 20.000 Enttäuschungen, integrationspolitisch ein verheerendes Signal: Alle fordern von Migranten die Beherrschung der deutschen Sprache, und dann gibt es für Frei- und Lernwillige keine Plätze.

Schäuble untergräbt Schuldenbremse

Damit aber nicht genug: Herr Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssitua-

on einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuer-senkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und hat durch ihre Anträge belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und dabei zugleich alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen zurückgenommen!

Das Konsolidierungsprogramm der SPD

Zur Gewährleistung einer nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik sind die folgenden Maßnahmen, die wir im Parlament mit Änderungsanträgen und Entschließungsanträgen untermauert haben, unverzüglich umzusetzen:

Die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Erhöhung des Kindergelds und



Haushalt / Meldungen

der Leistungen zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern und zur besonderen Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sind zurückzunehmen. Daraus resultieren Mehreinnahmen des Bundes von 1,8 Milliarden Euro jährlich. Zudem profitieren Kommunen und Länder.

Das Kernbrennstoffsteuersteuergesetz ist hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und des Geltungszeitraums im Sinne des Antrags der SPD im Haushaltsausschuss vom 21. Oktober 2010 neu zu gestalten. Daraus resultieren über die 2,3 Milliarden Euro jährlich hinaus, die bislang zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen sind, weitere 1,2 Milliarden Euro, die zur Verstärkung der klimaschützenden Investitionsprogramme, des Gebäudesanierungsprogramms, aber auch zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden sind. Aus dem Aufkommen sind 300 Mio. Euro zur Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund dieses Gesetzes den Kommunen durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter zuzuführen.

Es ist umgehend ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gemäß des Antrags der SPD-Fraktion einzuführen, der zu substantiellen Mehreinnahmen und Minderausgaben führt, und zwar gesamtstaatlich jeweils bei der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Bundes-

agentur für Arbeit, aber auch beim Bund durch Minderausgaben bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor allem durch eine sich reduzierende Zahl von sog. Aufstockern, aber auch über Steuermehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben summieren sich für den Bund auf etwa 3,5 Milliarden Euro.

Mittelfristig ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung anzustreben, die gemäß der Auffassung des Bundesrechnungshofs jährliche Mehreinnahmen für den Bund von bis zu 12 Milliarden Euro zur Folge hätte. Kurzfristig ist dies für 2011 durch eine Verbesserung und Optimierung des (einheitlichen) Steuervollzugs durch die Länder u.a. mithilfe des Instruments der Ausweitung von Betriebsprüfungen einzuleiten. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den Bund von etwa 3,7 Milliarden Euro für 2011 und jeweils aufsteigend in den Folgejahren.

Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen, dafür aber erst ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Daraus resultieren mindestens Mehreinnahmen des Bundes von etwa 2,8 Milliarden Euro.

Damit senkt die SPD die Neuverschuldung ab auf 42,3 Milliarden Euro und liegt damit im Gegensatz zur Koalition nicht über, sondern deutlich unter der Schuldenobergrenze von 45 Milliarden Euro.

Ökologischer Landbau auf dem Abstellgleis?

Anlässlich der abschließenden Beratung des Deutschen Bundestages zum Haushalt des Landwirtschaftsministeriums erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Heinz Paula und Rolf Schwanitz:

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP heißt es auf Seite 41: "Wir wollen den ökologischen Landbau insbesondere im Bereich Forschung fördern." Dies hielt die Abgeordneten der Regierungskoalition jedoch nicht davon ab, in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses das einzige Förderprogramm für den ökologischen Landbau im Bundeshaushalt auch für "andere nachhaltige Formen der Landwirtschaft" zu öffnen. Dies kommt faktisch einer Kürzung der Fördermittel für die ökologi-

sche Landwirtschaft gleich. Denn der konventionellen Landwirtschaft wird so Zugang zu weiteren For-



schungsgeldern verschafft, obwohl dafür bereits jetzt ausreichende Mittel im Bundeshaushalt vorhanden sind. (...)

[→ weiter lesen](#)



Verteidigung

Kampfeinsatz im Mittelmeer abgelehnt



Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung (OAE) der deutschen Beteiligung an der Operation Active Endeavour nicht zugestimmt. Die Ablehnung der SPD richtet sich nicht gegen den eigentlichen Auftrag der Bundeswehr, der vorwiegend Präsenz auf See sowie die Überwachung und Kontrolle des Seeverkehrs umfasst. Das Nein unserer Fraktion ist Folge des ungenauen und unseriösen Antrags der Bundesregierung, der zum einen gegen das Prinzip der Mandatsklarheit und -wahrheit verstößt und sich zum anderen mit Hinweis auf Artikel 5 des NATO-Vertrags neun Jahre nach dem 11. September auf einer völkerrechtlich fragwürdigen Basis bewegt.

Mit Blick auf die aktuelle Lage im Mittelmeer steht der formulierte Auftrag der OAE-Mission - Bekämpfung und Gefangennahme von Terroristen sowie das Ausschalten von Ausbildungs- und Führungseinrichtungen von Terroristen - nicht im Einklang mit der aktuellen Lage vor Ort. Da es in den vergangenen Jahren offenbar keine terroristischen Aktivitäten im Einsatzgebiet gegeben hat, die ein Eingreifen von OAE erforderlich gemacht hätten, wäre es angemessener gewesen, den Mandats-text entsprechend anzupassen und ihn nicht nahezu wortgleich aus dem bisherigen OEF-Mandat (Operation Enduring Freedom) zu übernehmen.

Auch die Obergrenze von 700 Soldaten entstammt dem alten OEF-Mandat und hat mit der Einsatzrealität nichts zu tun. In den zurückliegenden Monaten wurden nur

wenige Dutzend Bundeswehrsoldaten eingesetzt. Die Bundesregierung hat es offenbar nicht für notwendig gehalten, sich die Mühe zu machen, dem Bundestag einen dem Auftrag der Bundeswehr entsprechenden Antrag vorzulegen. Es gibt keine glaubhafte Begründung für ein robustes Mandat. Einem Vorratsbeschluss geben wir unsere Zustimmung jedoch nicht, da dies gegen grundlegende Prinzipien des Parlamentsbeteiligungsgesetzes verstößt.

Zustimmung zu Atalanta und Althea

Die EU-Missionen vor der somalischen Küste und in Bosnien und Herzegowina finden nach wie vor die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion.

Die EU-Mission ATALANTA bekämpft auf der Grundlage eines UN-Mandats und eines EU-Beschlusses die zunehmende Piraterie vor der somalischen Küste. Ziel ist es, die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicherzustellen und den zivilen Schiffsverkehr zu schützen. Die militärische Präsenz der Europäischen Union hat dafür gesorgt, dass bislang alle 86 Schifffransporte des Welt-ernährungsprogramms die somalischen Häfen sicher erreichen konnten. Die Mission hat so dazu beigetragen, dass bereits fast 470.000 Tonnen Nahrungsmittel und Hilfsgüter nach Somalia gebracht werden konnten, um 1,8 Millionen Menschen zu versorgen. Zahlreiche Piratenangriffe konnten im vergangenen Jahr vereitelt werden. Da die somalischen Piraten ihre Überfälle bis weit in den Indischen Ozean ausgedehnt haben, ist das Einsatzgebiet von ATALANTA nun vergrößert worden.

Auch die Beteiligung deutscher Soldaten an der EU-Mission ALTHEA in Bosnien und Herzegowina trifft bei der SPD-Bundestagsfraktion weiterhin auf Unterstützung. Grundlage des Einsatzes der gegenwärtig noch rund 120 Soldatinnen und Soldaten ist ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die Mission soll dazu beitragen, die inzwischen weitgehend stabile Sicherheitslage Bosnien und Herzegowinas aufrecht zu erhalten und den Weg des Landes zu einem friedlichen und demokratischen Rechtsstaat zu unterstützen. Sollte die Sicherheitslage weiter stabil bleiben, soll im Frühjahr 2011 ein Teil der Truppen abgezogen und die Präsenz in der Fläche beendet werden.



Verteidigung / Inneres

Sorgen der Zivilbeschäftigten ernst nehmen

Gedankenaustausch der Landesgruppe Niedersachsen mit Zivilbeschäftigten der Bundeswehr

und „Wie die Soldaten sind auch die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr einem permanenten Transformationsprozess unterworfen. Hier muss die Politik sensibel hinhören und muss unverhältnismäßig harte Entscheidungen vermeiden“, so Holger Ortel, Vorsitzender der Landesgruppe. In Niedersachsen sind etwa 18.000 zivile

Angestellte und Beamte bei der Bundeswehr beschäftigt. Ende des Jahres soll die Zielstruktur 2010 mit knapp 75.000 zivilen Beschäftigten erstmals realisiert werden. Damit wurde dann schon ein erheblicher Abbau des Zivilpersonals geleistet. Wolfhard Engler, Bereichsvorsitzender der Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der Beamten der Bundeswehr (VBB) berichtete, dass die aktuellen Pläne des Verteidigungsministeriums und der Weise-Kommission allerdings einen weiteren Abbau auf bis zu zwischen 60.000 und 50.000 Beschäftigte vorsehen. „Diese Pläne werden wir als SPD nicht mittragen“, so Lars Klingbeil. (...) [→ weiter lesen](#)

Was ist deutsch ?

Unterteilung in „Ihr“ und „Wir“ überwinden

In einem so vielfältigen Land wie dem unsrigen stellt sich heute die Frage "Was ist deutsch im 21. Jahrhundert"? Darüber haben wir mit prominenten Gästen diskutiert und nachgedacht. Der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher und die Autorin Hilal Sezgin haben durch Rede und Gegenrede die Grundlage für ein anschließendes Podiumsgespräch geliefert.

Die Frage, was heute deutsch ist, begleitet die SPD-Bundestagsfraktion weit länger, als es der Erfolg aktueller Empörungsliteratur vermuten lassen würde - man denke nur an die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft oder der "Green Card".

Wie sehr sich das Verhältnis zu nationaler Identität gewandelt hat, zeigt ein Satz, der noch vor einem Jahrzehnt wütenden Widerspruch auslöste: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dieser Satz gilt heute als Allgemeinplatz. Doch kann bereits die Antwort auf die Frage formuliert werden, wie sich das Land dadurch verändert hat - und wie es sich verändern soll? Wie bleiben wir offen für Impulse von außen? Was bedeutet und Identität?

Darüber diskutierten Farhad Dilmaghani (DeutschPlus i.G.), Amel Karboul (Managing Partner der Unternehmensberatung Change, Leadership & Partners), Dr. Ehrhart Körting (Senator für Inneres von Berlin) .



Eines vornweg: Die Frage, was deutsch ist im 21. Jahrhundert konnte natürlich nicht eindeutig beantwortet werden. Denn dafür gibt es wahrscheinlich so viele Antworten wie es Menschen in Deutschland gibt. In der zweistündigen Veranstaltung konnte vieles nur angerissen werden. Doch Frank-Walter Steinmeier kündigte die Veranstaltung als den Beginn einer Reihe von Veranstaltungen, Diskussion an, die Antworten finden sollen, die länger tragen als bis zur nächsten Schlagzeile. Eine der vorrangigsten Aufgaben ist es, endlich die Trennung von „Ihr“ und „Wir“ aufzuheben. Das wurde von allen Teilnehmern betont.

Auch die Tatsache, dass das Thema Zuwanderung noch immer negativ besetzt sei und oftmals nur in Verbindung mit Gefahr gebracht wird, nannte der Fraktionsvorsitzende als Aufgabe, die es zu ändern gelte.

(...) [→ weiter lesen](#)